

PRESSEMITTEILUNG 137 – 22.07.2025

Niclas Dürbrook

Sundtunnel nicht vor 2032/33 fertig – Zeitplan der Hinterlandanbindung muss auf den Prüfstand!

Gestern hat das Eisenbahn-Bundesamt die Bekanntmachung über die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen zur Fehmarnsundquerung veröffentlicht. In den Unterlagen benennt das Eisenbahn-Bundesamt die Bauzeit für den neuen Tunnel unter dem Fehmarnbelt mit ca. sechs Jahren und fünf Monaten. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Niclas Dürbrook:

„Jetzt haben wir schwarz auf weiß, was seit Monaten von fast allen Beteiligten mit Ausnahme der DB gesagt wurde: Der Zeitplan für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung wird nicht zu halten sein. Selbst wenn der Bau für den neuen Fehmarnsundtunnel im kommenden Jahr startet, wird das Bauwerk nach Einschätzung des Eisenbahn-Bundesamts nicht vor 2032/33 fertig gestellt sein.

Das muss Auswirkungen für die weitere Planung haben. Denn die derzeitige Planung sieht in den Jahren bis 2029 zahlreiche parallele Baustellen in Ostholstein vor, die absehbar zu einem Verkehrschaos führen werden. Dieses Chaos könnte erheblich entzerrt werden, wenn alle weiteren Planungen nicht mehr von einer Fertigstellung der gesamten Hinterlandanbindung bis 2029 ausgehen müssten. Mit drei bis vier Jahren mehr Zeit sind vielerorts bessere und teilweise sogar günstigere Lösungen möglich. Es wäre darum fahrlässig, trotz der Einschätzung des Eisenbahn-Bundesamtes weiter am bisherigen Zeitplan festzuhalten.

Besonders deutlich wird das am Beispiel der Bäderbahn: Erst vergangene Woche hatte sich der Wirtschaftsausschuss auf Antrag der SPD mit der künftigen Anbindung der Ostseebäder befasst. Eine Umplanung, die den Erhalt der Bäderbahn ermöglichen und unsinnige Doppelbahnhöfe vermeiden könnte, wurde bisher mit dem engen Zeitplan von Landesregierung und DB abgelehnt. Diese Begründung ist nun nicht mehr haltbar.

Die SPD-Fraktion hat für die nächstmögliche Sitzung des Wirtschaftsausschusses einen Bericht der Landesregierung zur veränderten Zeitleiste beantragt. Wir erwarten im Interesse der Region endlich einen belastbaren Zeitplan. Die Städte, Gemeinden und Menschen in der Region dürfen nicht länger im Unklaren gelassen werden.“